

Tarifergebnis im Öffentlichen Dienst: Auswirkungen und Gefahren

Der Streik im öffentlichen Dienst ist abgeblasen. Die Gewerkschaft ver.di einigte sich mit den Vertretern vom Bund und Kommunen auf Lohnerhöhungen von insgesamt 6,3% für 24 Monate. Rückwirkend ab März 2012 wurden 3,5 % vereinbart, im Januar und August 2013 kommen jeweils 1,4 % hinzu. Die Ausbildungsvergütungen steigen in zwei Stufen um 50 bzw. 40 Euro pro Monat. Bei der Übernahme von den Auszubildenden wurden Verbesserungen durchgesetzt. Künftig haben Azubis – neuerdings auch in Pflegeberufen – bei bedarfsgerechter Ausbildung einen Anspruch auf eine unbefristete Anstellung, wenn sie sich im ersten Jahr nach der Lehre „bewährt“ haben. In der ver.di-Bundestarifkommission fiel das ausgehandelte Ergebnis zunächst durch und erhielt erst im zweiten Anlauf eine knappe Mehrheit. Das zeigt, dass das Ergebnis auf großen Widerspruch gestoßen ist.

Verzicht auf soziale Komponente

Das Ergebnis trägt weder dem großen Nachholbedarf der vergangenen Jahre Rechnung oder hält den Reallohnsenkungen seit 2000 etwas entgegen, noch hilft es den unteren Einkommen aus der Armutsfalle. Es war ein wichtiger Erfolg gewesen, dass bei der Forderungsaufstellung ein Mindestbetrag von 200 Euro Eingang fand. Denn die unteren Einkommen müssen stärker erhöht werden, da sie in den letzten 10 Jahren am meisten verloren hatten und der Niedriglohnsektor sich in Deutschland extrem ausgeweitet hat. Jeder Vierte arbeitet mittlerweile im Niedriglohnsektor. Die soziale Komponente ist jetzt beim Ergebnis ganz rausgefallen, das bedeutet eine weitere Verarmung der unteren Einkommensschichten.

Drei Unverschämtheiten

Der Abschluss ist ein dreifacher Schlag in das Gesicht der kämpferischen Kolleginnen und Kollegen, die sich so toll an den Warnstreiks beteiligt haben. Erstens stellen die auf das Jahr umgerechneten 3,15 % Lohnerhöhung nicht mal die Hälfte der aufgestellten Forderung dar und dies, obwohl an keiner Stelle der Beweis angetreten war, dass die Kolleginnen nicht mehr hätten kämpfen können oder wollen. Allein der Streik an den Flughäfen hat das gewaltige Potenzial offenbart. Zweitens weiß keiner, wie sich in einem Jahr die Preise entwickeln werden. Bei jeder Tarifrunde drängen die aktiven KollegInnen darauf, dass nur für ein Jahr abgeschlossen wird, damit wir handlungsfähig bleiben. Und auch dieses Jahr ist das (mündliche) Versprechen, nur für ein Jahr abzuschließen, wieder gebrochen worden, ohne dass die Mitgliedschaft gefragt worden wäre. Und drittens hat der Vorstand auch kein Mandat dafür, eine Kernforderung, nämlich die nach 200 Euro Festgeld, ohne Rücksprache ersatzlos fallen zu lassen. Diese Forderung war eine wichtige Motivation für viele KollegInnen, sich so wirkungsvoll an den Mobilisierungen zu beteiligen. Wozu wird das führen, wenn die angeblichen Ziele bei dem Abschluss keine Rolle spielen? Untergräbt dies nicht sehr nachhaltig die künftige Bereitschaft, für Gewerkschaftsforderungen auf die Straße zu gehen, wenn der Vorstand diese Forderungen gar nicht ernst nimmt? Zu allem Überdross müssen künftig auch noch die KollegInnen bis zum Alter von 55 Jahren warten, bis sie 30 Tage Urlaub bekommen (statt einheitlich für alle den Urlaub auf 30 Tage festzulegen). Uns überrascht nicht, dass der Staat Geld für alles hat, nur nicht für die abhängig Beschäftigten. Aber

dass die ver.di-Führung genau diese Haltung teilt, ist schlicht ein Skandal!



26. März 2012: verdi-Kundgebung Markplatz Stuttgart

Besseres Ergebnis wäre möglich gewesen

Die erfolgreichen Warnstreiks mit über 300.000 Beteiligten hatten eine gute Dynamik und zeigten die große Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen. Viele gingen von einer längeren Tarifaueinandersetzung aus. Es gab erste Anzeichen und Absprachen, dass ver.di und IG Metall bereit waren, gemeinsame Aktionen in den Tarifikämpfen zu organisieren.

Gewerkschaftspolitische Ratschlag Solidarität statt Spaltung und Konkurrenz – wie die Burgfriedenpolitik durchbrechen?*

am 22. und 23. September 2012
in Frankfurt/Main im Bürgerhaus Gallus in der
Frankenallee 111

Referenten u.a. Frank Deppe und Bernd Riexinger
**Gewerkschaftspolitik in der Krise / Aufgaben und
Initiativen der Linken in den Gewerkschaften**

Workshops: Arbeitszeitverkürzung,
Prekarisierung, Tarifrunden / Entgeltstruktur,
Tarifeinheit / Streikrecht, neue Generation

Weitere Infos ab Mitte April unter:

<http://www.labournet.de/GewLinke/index.html>

So haben z.B. in Stuttgart auf den gewerkschaftlichen Kundgebungen im März jeweils die Vertreter der anderen Gewerkschaft gesprochen und es gab Solidaritätsdelegationen auf den Kundgebungen. Für den 15. Mai wurde eine gemeinsame Kundgebung von allen DGB-Gewerkschaften in Stuttgart vereinbart unter dem Motto: „Solidarität statt Lohnkürzungen und Sozialabbau in Europa“. Ein Ziel der Kundgebung ist, der Abwärtsspirale durch sinkende Löhne entgegenzutreten. Dies sind erste vielversprechende Absprachen.

Durch die gleich hohe Forderung von 6,5%, die Forderung nach unbefristeter Übernahme der Azubis und die zeitnahen Tarifbewegungen der zwei großen Gewerkschaften (zusammen über 5 Millionen Beschäftigte) waren sehr gute Ausgangsbedingungen für einen gemeinsamen Kampf vorhanden. Die Kraft und die Mächtigkeit hätten sich verstärkt. Hätten sie diese Kampfkraft genutzt, wäre mit großer Wahrscheinlichkeit ein besseres Ergebnis herausgekommen und auch zum Auf- und Ausbau der gewerkschaftlichen Kampfkraft hätte ein gemeinsamer Arbeitskampf entscheidend beigetragen.

Auswirkungen, Gefahren, Ausblick

Für die IG Metall gibt dieser Abschluss einen gewissen Rahmen vor. Auch dort gibt es etliche Anzeichen, dass auf Urabstimmung und Streik ernsthaft hingearbeitet wird (Schulungsvorbereitungen für Kassierer und Vertrauensleute, Debatte um Urabstimmungstermine usw.). Doch ob nach diesem Abschluss dies noch umzusetzen ist, ist fraglich, aber ein Streik ist nicht weniger notwendig und dringlich.

Folgendes sollten wir bedenken: Die Schuldenkrise wird sich weiter zuspitzen. Im Öffentlichen Dienst soll die „Schuldenbremse“ umgesetzt werden – „natürlich“ auf Kosten der Beschäftigten. Kurzum, die Tarifrunden 2012 müssen vor diesem Hintergrund der Systemkrise des Kapitalismus betrachtet werden. Sie dürfen nicht als „normale“ Tarifrunden betrachtet werden, sondern müssen als Teil eines größeren politischen Kampfes gegen die fortwährende Abwälzung der Krisenkosten auf unseren Rücken betrachtet werden. Nach dem abgeblasenen Streik im Öffentlichen Dienst wird es jetzt schwieriger, den Kampf gegen die Auswirkungen der Krise zu führen.

Die Krise wird von der Troika bestehend aus Internationalem Währungsfond, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank genutzt, um in vielen Ländern Einkommen abzusenken, Tarifverträge auszuhebeln, Mindestlöhne zu kürzen und den Kündigungsschutz zu kappen.

In vielen europäischen Ländern gibt es heftigen Widerstand gegen diese Vorhaben. Generalstreiks gab und gibt es in Griechenland, Portugal, Spanien, Italien, Großbritannien, Belgien. Viele Millionen sind immer wieder auf den Straßen und Plätzen und kämpfen gegen Lohn- und Sozialraub, wie gegen den Kahlschlag bei gewerkschaftlichen und demokratischen Errungenschaften und Rechten. Auch in Deutschland müssen wir den Kampf verstärken. Dafür müssen wir die anstehenden Tarifrunden nutzen, wie auch den 1. Mai und die Krisenproteste, die ab Mitte Mai stattfinden werden.

Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christian Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 2. April 2012

Wiesbadener Appell

Für ein umfassendes Streikrecht

„Die Bundesrepublik Deutschland hat weltweit das rückständigste und restriktivste Streikrecht. Das Streikrecht in Deutschland ist lediglich Richterrecht. Im Grundgesetz (GG) findet sich außer der Koalitionsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 3 kein konkreter Hinweis. Daraus ist keinesfalls abzuleiten, dass dieses Recht nicht vorhanden ist oder irgendeiner Einschränkung unterliegt. In sieben Bundesländern ist das Streikrecht in den Landesverfassungen verankert...

Von den 27 Staaten der Europäischen Union ist der politische Streik nur in England, Österreich und Deutschland illegalisiert. Ein Verbot ist indes nirgendwo festgeschrieben. Auch mit den Illegalisierungen von Beamtenstreiks, wilden Streiks, Blockaden, Boykotts, dem Streikverbot durch die christlichen Kirchen, der Einengung von Streikmöglichkeiten nur auf tarifvertraglich regelbare Ziele und den Einschränkungen bei Sympathiestreiks, sind Defizite in unserer politischen und wirtschaftlichen Demokratie verankert...

Eine gesellschaftspolitische Debatte ist zu entfachen durch selbstbewusste Medienarbeit. Hierfür spielen die Gewerkschaften mit ihren zahlreichen Untergliederungen eine zentrale Rolle. Aber auch fortschrittliche Parteien, Verbände, Vereine, Stiftungen und Einzelpersonen werden dabei unterstützend tätig werden können.

Die Gewerkschaften müssen selbstbewusste Forderungen an die Politik stellen, um ein umfassendes Streikrecht gesetzlich und/oder verfassungsrechtlich gemäß dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der Internationalen Arbeitsorganisation und dem Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen Sozialcharta zu verankern.

Auch werden zukünftig Forderungen bei allen Tarifrunden nach Festschreibung, Sicherung und schrittweisen Verbesserungen von umfassenden Streikrechten in allen Tarifverträgen mittelfristig zum Durchbruch führen. Dabei kann die etappenweise Durchsetzung von Fortschritten durch wiederkehrende kontrollierte Regelungsüberschreitungen gegenüber der (noch) herrschenden Rechtsprechung sehr hilfreich sein.

Die Tarifpolitik allein kann eine verfehlte und neoliberale Politik nicht ausgleichen. Dadurch haben es die Gewerkschaften immer schwerer den politisch verursachten Verschlechterungen, die auf die Arbeitnehmer, die Erwerbslosen und weitere große Teile der Bevölkerung Auswirkung haben, zu entgegnen.

Die Schärfung und die Ausweitung von umfassenden (Arbeits-) Kampfmitteln der (organisierten) Arbeitnehmer führt Stück für Stück zu größeren Erfolgen der Gewerkschaften vor allem auch im politischen Raum. Die Mitgliedererwerb und die Haltearbeit der Gewerkschaften könnte nachhaltig verbessert werden.

(Streik-)Recht ist immer Ausdruck von wirtschaftlicher und politischer Macht. Streikrechte sind elementare und soziale Menschenrechte, die erkämpft werden müssen.“

Der vollständige Aufruf steht unter:

<http://politischer-streik.de/>

Dort kann der Appell auch unterzeichnet werden.

Skandal! - Neuer Angriff auf das Streikrecht!

Die im letzten Herbst gescheiterte gemeinsame Initiative der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur gesetzlichen Regelung einer „Tarifeinheit“ zulasten des allgemeinen Streikrechtes, insbesondere aber zulasten kleinerer Spartengewerkschaften, erlebte unlängst am Frankfurter Flughafen eine Art „unselige Wiedergeburt“. Zwar wurden weder DGB, IG-Metall oder ver.di selber aktiv, aber ver.di konnte sich als lachender Dritter hinter dem breiten Rücken des Betriebsratsfürstentums am Frankfurter Flughafen über die dortigen Geschehnisse die Hände reiben.

Was war geschehen?

Der kleinen Gewerkschaft GdF (Gewerkschaft der Flugsicherung) mit in Ffm ca. 200 betroffenen Beschäftigten (u.a. Vorfeldlotsen) wurde im Rahmen eines Tarifstreites der Streik durch das Frankfurter Arbeitsgericht verboten! Dem war sowohl innerbetrieblich (seitens Fraport und ver.di am Flughafen Frankfurt) als auch in den Medien eine Desinformations- und Hetzkampagne vorausgegangen. Tenor: „unverschämte Forderungen“ (SZ) für Beschäftigte, die „lediglich einen Anlernberuf ausüben“ (SZ). Die Entgeltforderung der GdF sah auf den ersten Blick tatsächlich recht üppig aus. Gefordert wurden 25 bis 30%, was aber umgerechnet auf den Zeitraum bis 2015 pro Jahr „nur“ eine garantierte Lohnerhöhung von ca. 5 % bedeutet hätte. Damit wollte sie mit den Beschäftigten am Münchner Flughafen gleichziehen.

Da die GdF einen formalen Fehler beging, lieferte sie der Gegenseite einen Vorwand, um vor's Arbeitsgericht zu ziehen. Das Urteil des Arbeitsgerichts aber ging über die Inkriminierung des formalen Fehlers hinaus. Insbesondere maßte sich das Gericht an, die von der GdF bei anderen Beschäftigtengruppen am Flughafen angestrebte Solidarität bzw. Unterstützungstreiks bei den Fluglotsen mit dem Argument der „Unverhältnismäßigkeit“ zu verbieten! Es wurde bei Zuwiderhandlung des Urteils Strafen in Millionenhöhe angedroht. Das hätte den Tod GdF bedeutet, sodass sie sich genötigt sah, dem Urteil zu folgen und den Soli-Streik abzublenden.

Das Urteil und seine Folgen!

Das Urteil des Frankfurter Arbeitsgerichtes muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass vor ca. 1 1/2 Jahren das Bundesarbeitsgericht das Arbeitskämpfungsmittel Solidaritätsstreik grundsätzlich für zulässig erklärte! Allerdings mit einer für das Bundesrepublikanische Arbeitskämpfrecht (ein wirkliches Streikrecht gibt es in der BRD nicht) typischen Einschränkung: Ein Soli-Streik müsse „verhältnismäßig“ sein! Letzteres ohne weitere Spezifikation, was das denn in der Praxis bedeuten soll. Diese ungeklärte Rechtslage hat das Arbeitsgericht Frankfurt schnurstracks zugunsten des Unternehmers Fraport und zuungunsten – nicht nur der kleinen GdF – sondern de facto aller Gewerkschaften ausgelegt, die zu diesem Mittel des Arbeitskampfes greifen. Denn, noch bevor der Solistreik am Frankfurter Flughafen überhaupt stattfand, also bevor mögliche „unverhältnismäßige“ Folgen für die „Unternehmerseite“ überhaupt sichtbar waren oder eintreten konnten, wurde über die „voraussichtlichen“ unverhältnismäßigen Folgen ein Verbot des Soli-Streiks ausgesprochen! Mit anderen Worten, das Arbeitsgericht Frankfurt versucht mit dem Urteil Solidaritätsstreiks in der Praxis zu verhindern und damit das gerade erstrittene Recht auf Solistreiks gleich wieder zu kassieren. Denn wenn ein Arbeitsgericht im Vorfeld eines Solidaritätsstreiks schon über die voraussichtlichen Auswirkungen urteilen kann (und soll), kommt das einer Art gerichtlichem Genehmigungsverfahren gleich, zu dem jeder Arbeitgeber greifen kann, um einen Solistreik zu verhindern! Damit wird ein wesentlicher Teil des Rechts auf Streik

infrage gestellt. Dies ist ein gerichtlicher (faktisch: ein staatlicher) Eingriff in die Tarifautonomie.

Solidarität der Gewerkschaften im Kampf gegen staatliche Eingriffe in Tarifautonomie?

Der Konflikt zwischen GdF und Fraport am Frankfurter Flughafen hatte über das Arbeitsgerichtsurteil hinaus Folgen bis auf Regierungsebene. Das Liebäugeln von Schwarz-Gelb mit der gemeinsamen Gesetzesinitiative von BDA und DGB zur Tarifeinheit war aufgrund der Einschätzung regierungsnaher Arbeitsrechtsexperten, dass ein solches Gesetz spätestens vor dem Bundesverfassungsgericht zu Fall gebracht werden könnte, nie besonders groß. Aber sie sind natürlich sehr dafür. Einerseits, um generell den bundesweiten „Arbeitsfrieden“ aufrecht zu erhalten, andererseits, um über die faktische Ausschaltung zumindest potenziell kämpferischer Gewerkschaften der Verzichtspolitik des DGB Vorschub zu leisten.

Man hätte hoffen können, dass die DGB-Gewerkschaften etwas aus der Niederlage ihrer Gesetzesinitiative gelernt haben. Aber das Gegenteil ist der Fall. Schon beim Rückzug von ver.di aus der Initiative betonte Bsirske, die Initiative sei im Grundsatz richtig – nur an der Basis nicht vermittelbar gewesen! Und „man“ (damit ist wohl der Vorstand gemeint) werde weiter nach anderen Möglichkeiten suchen, um zu einer Tarifeinheit zu kommen!

Die ver.di-Betriebsratsfürsten am Frankfurter Flughafen sahen sich durch den GdF-Streik herausgefordert. Die Betriebsratsvorsitzende Claudia Amier hetzte auf einer Tagung der Flughafen-Betriebsrats-Lobby 2 Stunden lang gegen die GdF! Sie klagte, es sei seitens der Geschäftsleitung von Fraport naiv gewesen, einen so unerfahrenen Mann wie Ole von Beust für die Schlichtung zwischen GdF und Fraport anzurufen. Er sei bei der Schlichtung viel zu sehr auf die Interessen der GdF eingegangen. Gleichzeitig kritisierte sie Fraport dafür, dass diese sich auf Verhandlungen mit der GdF eingelassen habe. Man müsse die GdF doch bekämpfen, da sie „die gesamte Tarifstruktur“ „durcheinander“ bringe. Kein Wunder, wenn sich dann später Betriebsrat und ver.di nicht gegen das Streikverbot wandten! Ver.di-Vorstand und Fraport-Betriebsrat sind völlig blind, was die Folgen dieser Politik angeht. Mit ihrem bürokratischen Verhalten gegen missliebige politische Konkurrenz fördern sie die Bestrebungen zum Verbot von Solidaritätsstreiks und schaden letztlich indirekt auch ihrer eigenen Handlungsfähigkeit. Sie wollen offensichtlich nicht verstehen, dass ihre Stillhalte- und Standortpolitik nicht nur die Tarifautonomie untergräbt, sondern perspektivisch die Existenzberechtigung von Gewerkschaften überhaupt infrage stellt.

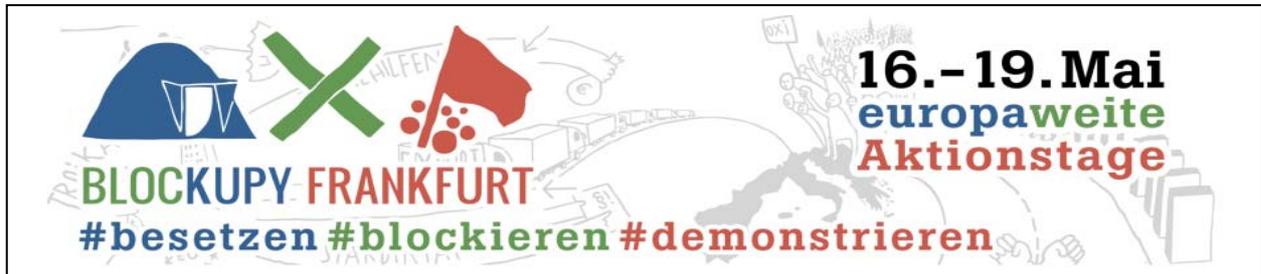
Fazit

Der Rückzug des DGB aus seiner gemeinsamen Initiative mit dem BDA gab uns nur eine Atempause. Jetzt ist zu befürchten, dass künftig Solistreiks erschwert werden und dass die Regierung doch noch einen Anlauf zur gesetzlichen Herstellung der „Tarifeinheit“ im Betrieb unternimmt. Höchste Wachsamkeit und Aufklärung sind angesagt.

Christiaan Boissevain, Münchner Gewerkschaftslinker

Die Verschärfung der internationalen Wirtschaftskrise wirft die Systemfrage auf

Von Woche zu Woche wird deutlicher, dass die herkömmlichen Mittel bürgerlicher Krisenbewältigung nichts taugen. Der Grund liegt in der kapitalistischen Überproduktionskrise. Sie war letztlich die Ursache für die Verlagerung von anlagehungrigem Kapital in den Finanzsektor, der für sich genommen schließlich keine Werte schaffen kann. Blasenbildung, Spekulation und Zusammenbrüche (z. B. im Immobiliensektor) waren die logische Folge der „Finanzmarktliberalisierung“. 2007 brach die internationale Wirtschaftskrise los und erreichte nach der Lehmannpleite im September 2008 einen ersten Höhepunkt.



Diese Überproduktionskrise ergibt sich aus der gewaltig gestiegenen Produktivität, die es gerade auch der deutschen Industrie ermöglicht hat, ausländische „Mitbewerber“ und sogar ganze Volkswirtschaften (nicht nur in Südeuropa) niederzukonkurrieren. Die schwache Lohnentwicklung in Deutschland war dabei ein Baustein, der zu den großen Ungleichgewichten auf europäischer und internationaler Ebene beigetragen hat.

Insgesamt gilt es festzuhalten, dass den ständig steigenden industriellen Kapazitäten keine ausreichende kaufkräftige Nachfrage gegenübersteht. Schlimmer noch: Das Kapital strebt ständig danach, seine Profite auf Kosten der Löhne zu sanieren, was gerade in Deutschland zur dramatischen Ausdehnung des Niedriglohnsektors geführt hat und weiter führt. Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs, Befristungen und andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind Instrumente zur Entrechtung und Einschüchterung der Betroffenen, zur Entsolidarisierung und somit zur Schwächung der Widerstandspotenziale. Darüber hinaus bilden sie eine Drohkulisse für alle übrigen Beschäftigten.

Hinzu kommt, dass in der ersten Zuspitzung der großen internationalen Wirtschaftskrise (2008/2009) die Regierungen enorme Summen in die Rettung von Banken und Konzernen gesteckt haben. Zur Finanzierung der dadurch entstandenen Haushaltslöcher soll nun überall bei denen gespart werden, die überhaupt die Werte schaffen, sprich bei den Lohnabhängigen. Lohnsenkungen, Entlassungen, Verlängerung der Lebensarbeitszeit usw. stehen auf dem Programm praktisch aller EU-Staaten, ob mit oder ohne Euro. Das Geld aber da zu holen, wo es ist, nämlich beim Kapital und den Reichen, ist für bürgerliche Politik ein Tabu.

Gemeinsam kämpfen

Diese Krise wirft – auch vor dem Hintergrund von Klimawandel, Ernährungs- und Wirtschaftskrisen usw. – mehr als alle anderen Krisen seit dem zweiten Weltkrieg die Systemfrage auf. Wir befinden uns nicht mehr in einer „normalen“ Konjunkturkrise. Diese Krise wird nicht mit einem Regierungsbeschluss (egal ob national oder international) oder mit einem Konjunkturprogramm zu beheben sein. Wenn wir – und die gesamte Gewerkschafts- und ArbeiterInnenbewegung – nicht tatenlos zusehen wollen, wie die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, wenn wir nicht zulassen wollen, dass diese Krise in einem Amok-Kreislauf ständig eskaliert und die Profitierungsmethoden ständig, nach innen und außen, repressiver werden, bis hin zum Entstehen rechtspopulistischer und rechtsradikaler Regimes, dann muss dieser Entwicklung eine andere Logik entgegengesetzt werden. Die soziale und Gewerkschaftsbewegung und alle, die für

gleichberechtigtes Leben frei von Unterdrückung und Ausbeutung eintreten, müssen gemeinsam dafür kämpfen, eine menschliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durchzusetzen.

Das fängt damit an, dass wir uns dafür stark machen, das Geld da zu holen, wo es ist: bei den Reichen. Den gewaltigen (und täglich steigenden Schulden) der Staaten stehen ebenso gewaltige Reichtümer und Forderungen der Anleihenkäufer (Millionäre, Milliardäre und ihre Geldinstitute) gegenüber. Ihre Forderungen sind illegitim. **Die Staatsschulden sind demzufolge zu streichen.**

Zweitens stellen wir fest, dass eine Bank zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehört und sie nicht in privater Hand belassen werden darf. Wir treten deshalb für die **entschädigungslose Enteignung des Bankensektors ein.** Ähnliches gilt es, für den Energiesektor und andere Bereiche zu überlegen.

Drittens muss ein breiter und geschlossener **Kampf für erträgliche Lebensbedingungen** geführt werden. Dazu gehört ein akzeptabler **Mindestlohn** von wenigstens 10 € lohnsteuerfrei genauso wie das **Verbot von Leiharbeit** und allen anderen prekären Beschäftigungsverhältnissen. Hier sind die Gewerkschaften gefordert, nicht mehr länger die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals im Blick zu haben, sondern die Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung. Schon die laufenden Tarifrunden sollten für die Durchsetzung kräftiger Lohnerhöhungen genutzt werden.

Europaweite Aktionstage

Aus all diesen Gründen rufen wir dazu auf, massenhaft an den Protesten vom 17.-19. Mai in Frankfurt/Main gegen das Krisenregime der EU teilzunehmen und zitieren aus der Abschlusserklärung der Aktionskonferenz vom 25. Februar:

„Wir wehren uns gegen die Verwüstung Griechenlands und anderer Länder, gegen die Verarmung und Entrechtung von Millionen und die faktische Abschaffung demokratischer Verfahren in der Folge von Beschlüssen der Troika [...]

Wir werden am 17. Mai die Anlagen und zentrale Plätze der Stadt besetzen, um uns Raum für Diskussion und inhaltlichen Austausch zu schaffen. Wir werden am 18. Mai den Geschäftsbetrieb der Banken in Frankfurt blockieren, um unsere Wut über die Troika-Politik konkret werden lassen. Wir werden uns dann am 19. Mai zu einer großen Demonstration versammeln und die Breite der Proteste sichtbar machen. Aus vielen Ländern und Regionen der Welt werden Menschen nach Frankfurt reisen und sich an den Tagen des Protests beteiligen. [...]

Arbeitsausschuss der Gewerkschaftslinken

Weitere Infos unter: <http://www.kapitalismuskrisen.org/> und <http://www.european-resistance.org/>